

# vorwärtsEXTRA

INFORMATIONEN DES SPD-LANDESVERBANDES NORDRHEIN-WESTFALEN



## Liebe Genossinnen und Genossen,

es sind nur noch wenige Tage bis zur Landtagswahl. Am 9. Mai entscheidet sich, welche Richtung NRW in den kommenden Jahren einschlägt. Unsere Chancen, am Wahlsonntag die Nase vorn zu haben, stehen gut. Das zeigen die aktuellen Umfragen und das zeigt die Stimmung vor Ort. Die Bürgerinnen und Bürger spüren, dass Nordrhein-Westfalen in den Jahren unter Schwarz-Gelb zurückgefallen ist – ganz massiv bei der Bildung, aber auch bei der inneren Sicherheit, in der Wirtschaftspolitik oder beim Ausbau der erneuerbaren Energien.

Wir haben gemeinsam unsere Zeit seit 2005 genutzt und in harter Arbeit ein Zukunftsprogramm für Nordrhein-Westfalen erarbeitet: von den Bereichen Arbeit und Ausbildung, über Bildung, die Situation unserer Kommunen, Wirtschaft, Innovation und Ökologie bis hin zum Thema sozialer Zusammenhalt. Klar ist: Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten werden dafür sorgen, dass es wieder fair und gerecht zugeht in diesem Land! Im Gegensatz dazu haben CDU und FDP keinen Plan. Sie haben keine Vision, wie eine gute Zukunft für unser Nordrhein-Westfalen aussieht. Das wissen auch die Bürgerinnen und Bürger.

Ich bin im Moment sehr viel im ganzen Land unterwegs und überall spüre ich: Die Partei ist motiviert und hängt sich richtig rein. Danke dafür! Jetzt gilt es, in den Tagen vor der Wahl noch einmal richtig Gas zu geben. Wir stehen für Aufstieg durch Bildung und Gerechtigkeit für alle – die Regierung Rüttgers steht für Entsolidarisierung, Stillstand und Rückschritt! Es ist Zeit, dass wieder Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten die Verantwortung für Nordrhein-Westfalen übernehmen.

Deshalb: Nehmt noch einmal alle Eure Kraft zusammen. Lasst uns einen fulminanten Endspurt hinlegen. Dann werden wir am 9. Mai allen Grund haben, gemeinsam zu feiern!

Eure Hannelore Kraft



## VERHEERENDE REGIERUNGSBILANZ NACH FÜNF JAHREN SCHWARZ-GELB

Von Michael Groschek, Generalsekretär der NRWSPD

**D**ie Regierungsbilanz von CDU und FDP in Nordrhein-Westfalen ist erschreckend. Seit ihrem Amtsantritt 2005 hat die Regierung Rüttgers Nordrhein-Westfalen heruntergewirtschaftet. In zahlreichen unabhängigen Bundesländervergleichen schneidet NRW schlecht ab. Unser Bundesland ist zum Absteigerland geworden.

Gleichzeitig haben CDU und FDP die Finanznot unserer Städte und Gemeinden dramatisch verschärft. Die Landesregierung hat massiv Gelder gestrichen, gekürzt oder neue Aufgaben ohne Ausgleich an die Kommunen übertragen. Viele Städte und Gemeinden haben kaum mehr Luft zum Atmen. Leidtragende sind die Bürgerinnen und Bürger, die den Sparzwang der Kommunen zu spüren bekommen.

Auch die sozialfeindliche Politik der Regierung Rüttgers hat Spuren hinterlassen. Unter dem Motto „Privat vor Staat“ wurde alles privatisiert, was nicht niet- und nagelfest ist, darunter die landeseigenen LEG-Wohnungen. Studiengebühren wurden eingeführt und das Tariftrueugesetz abgeschafft. Die Mitbestimmung im öffentlichen Dienst wurde beschnitten.

„Versprochen – gebrochen“ lautet das Markenzeichen der CDU/FDP-Schulpolitik. 5.000 Lehrerstellen sind unbesetzt. Allein dadurch fallen fünf Millionen Stunden Unterricht jährlich aus. Damit hat der Ministerpräsident sein zentrales Wahlversprechen zur Unterrichtsgarantie gebrochen. Gleiches gilt für das Versprechen, die Klassen zu verkleinern.

Leidvolle Erfahrungen mussten Schüler, Eltern und Lehrer auch mit dem Turbo-Abi nach zwölf Jahren und den unsinnigen Kopfnoten machen, die die CDU in ihrer Regierungszeit eingeführt hat.

Pleiten, Pannen und Peinlichkeiten ziehen sich wie ein roter Faden durch die Amtszeit von Jürgen Rüttgers. So ließ die CDU im Herbst Hannelore Kraft systematisch per Videokamera bespitzeln. Mit organisiert wurde dieser unglaubliche Vorgang durch die Staatskanzlei. Ein eindeutiger Verfassungsbruch, denn Regierungs- und Parteiarbeit dürfen nicht vermischt werden. Zu Beginn dieses Jahres kam dann heraus, dass die CDU exklusive Gespräche mit ihrem Vorsitzenden und Ministerpräsidenten gegen Geld an Unternehmen verkauft. Bis heute weigert sich die CDU, diesen Skandal lückenlos aufzuklären. Wenn Jürgen Rüttgers behauptet, er habe von alledem nichts gewusst, ist das mehr als unglaubwürdig.

Die Regierungsbilanz von Jürgen Rüttgers zeigt: NRW wird unter Wert regiert. Das haben die Bürgerinnen und Bürger nicht verdient! ■





FOTO: GPM

## WAHLKAMPFAUFTAKT DER NRWSPD: GEMEINSAM FÜR EIN STARKES UND SOZIALES NRW!

„Mit den Menschen – für die Menschen. Das macht uns stark. NRW soll wieder sozialer werden!“ Mit einer kämpferischen Rede läutete Hannelore Kraft am 10. April die heiße Phase des SPD-Landtagswahlkampfes ein. Die Spitzenkandidatin machte deutlich, wofür ihre Partei steht: „Der Mensch kommt wieder dahin, wo er hingehört: in den Mittelpunkt von Politik.“

Rund 4.000 Menschen waren in die Düsseldorfer Philipshalle gekommen, um Hannelore Kraft bei ihrem Wahlkampf zu unterstützen. Die tolle Stimmung machte deutlich: Die NRWSPD geht motiviert und zuversichtlich in die Wahlauseinandersetzung. „Lasst uns rausgehen und kämpfen für ein sozialeres und gerechteres NRW. Denn dieses Land will den Wechsel! Es gibt eine solidarische Mehrheit“, sagte Hannelore Kraft unter dem Applaus des Publikums.

Prominente Unterstützung bekam Kraft von zwei weiteren Spitzenpolitikerinnen der SPD: Generalsekretärin Andrea Nahles und Manuela Schwesig, Ministerin für Gesundheit und Soziales in Mecklenburg-Vorpommern, warben beim Talk mit Moderatorin Shary Reeves für „Beste

Bildung für alle“ und bekräftigten zugleich das Nein der SPD zur Einführung der Kopfpauschale. Für die NRWSPD ist klar: Wenn sie am 9. Mai die Wahl gewinnt, wird sie die unsoziale Reform des Gesundheitssystems stoppen.

Jens Böhrnsen, Regierender Bürgermeister der Hansestadt Bremen und derzeit Präsident des Bundesrates, zeigte sich in einer kurzen Rede optimistisch, den Vorsitz der Länderkammer im November turnusmäßig an die „neue Ministerpräsidentin von Nordrhein-Westfalen“ weitergeben zu können. Sein Berliner Kollege Klaus Wowereit, der zusammen mit den Ministerpräsidenten von Rheinland-Pfalz und Mecklenburg-Vorpommern, Kurt Beck und Erwin Sellering, ebenfalls zum Wahlkampfauftakt nach Düsseldorf gekommen war, pflichtete bei: „NRW muss

wieder sozialdemokratisch regiert werden. Das hat den Menschen 39 Jahre lang gut getan und wird auch Garant für eine gute Zukunft sein.“ Klaus Wowereit machte zudem auf die Finanznot der Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen aufmerksam: „Rüttgers hat die Kommunen ausgeraubt – er muss abgestraft werden!“

Aber nicht nur an hochrangigen Gästen aus der Politik hatte die NRWSPD einiges zu bieten. Die Trommler-Formation Power! Percussion, das Ensemble von Best of NRW Musicals und die Berliner Erfolgsband Culcha Candela sorgten bei den Gästen in der Philipshalle für beste Stimmung. Den längsten Applaus bekam allerdings Hannelore Kraft. Nach ihrer engagierten Rede hielt es niemanden mehr auf seinem Platz. ■



Guntram Schneider

## HANNELORE KRAFT STELLT ERSTE MITGLIEDER IHRES ZUKUNFTSTEAMS VOR

Die Überraschung war gelungen. Rund 40 Journalistinnen und Journalisten waren am 8. April zur Pressekonferenz gekommen, um zu erfahren, wen Hannelore Kraft als erstes Mitglied ihres Zukunftsteams vorstellt. Präsentiert wurde Guntram Schneider, Vorsitzender des nordrhein-westfälischen DGB. Er soll nach dem 9. Mai Arbeits- und Sozialminister in Nordrhein-Westfalen werden.

„Guntram Schneider steht für gute Arbeit“, begründete Hannelore Kraft ihre Wahl. „Gemeinsam werden wir konsequente Arbeitnehmerpolitik umsetzen.“ Kraft und Schneider kündigten an, mit einem neuen Personalvertretungsgesetz Nordrhein-Westfalen wieder zum Mitbestimmungsland Nummer eins zu machen. Zudem werde man das Tarifvertragstreuegesetz wieder einführen. „Ich will das Durchgreifen von Schwarz-Gelb im Bundesrat stoppen“, erklärte Schneider. „Mit mir wird es keine Ausweitung von befristeten Arbeitsverhältnissen geben.“ NRW müsse ein „Bollwerk“ gegen die Politik von CDU und FDP sein.

Am 15. April stellte Hannelore Kraft dann Zülfiye Kaykin als zweites Mitglied ihres Zukunftsteams vor. „Die Benennung von Frau Kaykin ist für mich Ausdruck der großen Bedeutung von Integrationspolitik in der NRWSPD“, erklärte Kraft. „Ich bin der festen Überzeugung, dass Zülfiye Kaykin die richtige ist, gemeinsam mit uns die vor uns liegenden Herausforderungen mutig und beherzt anzugehen.“

Zülfiye Kaykin kündigte an, die gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Partizipation der Migrantinnen und Migranten voranzutreiben und sich für mehr Chancengleichheit einzusetzen. „Ich möchte meine Erfahrungen aus der Praxis einbringen und für ein starkes NRW sorgen.“

Seit 2005 ist die 41-jährige Kaykin hauptamtliche Geschäftsführerin der DITIB Bildungs- und Begegnungsstätte e.V. in der Duisburger Merkez Moschee/Duisburg Marxloh. ■



Zülfiye Kaykin

**Für Hannelore Kraft und die NRWSPD ist klar: Die Kopfpauschale ist unsozial und muss verhindert werden. Wenn die Sozialdemokraten an Rhein und Ruhr am 9. Mai die Wahl gewinnen, werden wir durch ein Veto im Bundesrat verhindern, dass die Kopfpauschale umgesetzt wird!**

# DIE KOPFPAUSCHALE IST UNSOZIAL!

Von Prof. Dr. Karl Lauterbach



Prof. Dr. Karl Lauterbach

**D**ie Kopfpauschale, die die schwarz-gelbe Koalition für die Gesetzliche Krankenversicherung einführen will, ist ungerecht, unsozial und unbezahlbar. Warum sollte die Sekretärin genauso viel bezahlen wie der Direktor? Um diese Ungerechtigkeit aus Steuern auszugleichen, benötigt man 30 bis 40 Milliarden Euro jährlich. Die FDP will die Einkommensteuer jedoch weiter absenken, um Besserverdiener zu entlasten. Dann zahlt der Direktor, der schon bei der Kopfprämie viel Geld spart, auch noch weniger Steuern. Aber selbst wenn es einen Sozialausgleich geben sollte, führt das zu einer Mehrbelastung der Rentner und Geringverdiener und zu einer Entlastung der Arbeitgeber und Gutverdiener. Insbesondere die Bürger mit

geringem Einkommen werden durch die Pauschale belastet. Arbeit wird sich für sie noch weniger lohnen. Wer von einem geringen Lohn leben muss, der hätte noch weniger.

Um eine hochwertige medizinische Versorgung unabhängig vom Geldbeutel und unabhängig von Vorerkrankungen und chronischen Erkrankungen zu gewährleisten, brauchen wir einen Weg jenseits von liberaler Marktradikalisierung.

Das zentrale Anliegen dabei muss die Überwindung des zweigeteilten Versicherungssystems sein. Wir brauchen eine Bürgerversicherung von allen, von allem für alle. Dann zahlen die Sekretärin und der Direktor prozentual von ihrem Einkommen Beiträge. Das ist sozial und gerecht. Damit einher geht auch eine einheitliche Gebührenordnung für alle Versicherten gleichermaßen beim Arzt und im Krankenhaus. Eine Vorzugsbehandlung bei der Terminvergabe oder beim Zugang zum Spezialisten wäre nicht mehr rentabel. Dies wäre der wirkungsvollste Ansatz im Kampf gegen die wachsende Zweiklassenmedizin. ■

## DIE NRWSPD GRATULIERT IM MAI...

### ... ZUM GEBURTSTAG

- 100 Jahre** Martha Fiebig
- 99 Jahre** Bernhard Valbert  
Franz-Leo Wirtz
- 98 Jahre** Konrad Daume  
Lene Richert  
Wilhelmine Wolke
- 97 Jahre** Alma Dresselhaus  
Immanuel Handrock  
Joseph Hillebrand  
Emma Schroeder  
Anna Weigel
- 96 Jahre** Cornelia Bolege  
Charlotte Goede  
Hedwig Jankowiak  
Helene Reinhold  
Karl Schauf  
Josef Scherschel  
Gottfried Weidgang
- 95 Jahre** Emma Karpf  
Anna Thimm  
Helene Weck

### ...ZUR LANGJÄHRIGEN MITGLIEDSCHAFT

- 65 Jahre** Irma Nolde
- 60 Jahre** Walter Kellendonk  
Willi Monke  
Heinz Wischniewski
- 55 Jahre** Doris Ackermann  
Karl-Heinz Heide  
Christel Klusemann  
Günter Knaupmeier  
Irma Knopf  
Heinz Obernothe  
Friedhelm Rabe  
Friedhelm Schlichting
- 50 Jahre** Burkhard BINGEL  
Peter Blechschmidt  
Fritz Fischer  
Ursula Gehrman  
Rolf Geiße  
Karl-Heinz Hemmer  
Ernst Kastner  
Harald Lutter  
Helga Müller  
Prof. Wolfgang Rathke  
Klaus Reiff  
Erwin Steinbeck



Die SPD Essen hat für das Kulturhauptstadtjahr zehn ehrenamtliche Kulturscouts ausgebildet: Alfred Grimm, Wolfgang Hobein, Henner Höcker, Margret Hohmann, Tanja Hohmann, Norbert Radtke, Dieter Rheinisch, Dieter Schnitter, Maria Tepperis und Frank Terzenbach.

## WANDEL DURCH KULTUR – KULTUR DURCH WANDEL

### EHRENAMTLICHE KULTURSCOUTS DER SPD ESSEN FÜHREN DURCH DIE KULTURHAUPTSTADT

Ein besonderes Angebot hat sich die SPD Essen für Besucher der Stadt Essen im Kulturhauptstadtjahr überlegt: Ausgebildete ehrenamtliche Kulturscouts der SPD sollen die Besucher der Stadt Essen durch die Kulturhauptstadt führen. Die Touren orientieren sich an den fünf Kategorien Industrie, Arbeitersiedlungen, Landschaft, Kultur und Bildung. Im Programm sind unter anderem das Weltkulturerbe Zollverein, das Museum Folkwang, die Margarethenhöhe, aber auch der Baldeneysee, das Ruhratoll, die Universität und die Lichtburg.

Die erfolgreiche Bewerbung Essens und des Ruhrgebiets für den Titel „Kulturhauptstadt Europas 2010“ ist auch Folge der Stadtentwicklungspolitik der 70er und 80er Jahre, welche die SPD maßgeblich gestaltet hat. Die IBA Emscherpark war ein städtebauliches Programm gefördert durch EU und Land und hat den Grundstein gelegt für die Route der Industriekultur. Dahinter steht die sozialdemokratische Idee, zur Bewältigung des Strukturwandels aus den industriellen Kernen der Montanindustrie Neues und Modernes entstehen zu lassen.

So ist die Geschichte des Ruhrgebiets auch stark verbunden mit der Geschichte der Sozialdemokratie. Deshalb werden neben den Ideen und Ideengeschichten der verschiedenen Orte bei den Stadtführungen auch die politischen Hintergründe eine Rolle spielen.

Die Touren werden je nach Schwerpunkt der Gruppe individuell zusammengestellt und von einem der Kulturscouts begleitet. Anfragen sind an die Geschäftsstelle der **SPD Essen** zu richten:  
**Severinstraße 44**  
**45127 Essen**  
**Telefon: 0201 820230**  
**Mail: info@spd-essen.de**

## AM 9. MAI MIT BEIDEN STIMMEN SPD WÄHLEN!

### DAFÜR STEHT DIE NRWSPD:

- 1. Beste Bildung für alle:**  
Gebührenfreiheit von der Kita bis zur Hochschule. Längeres gemeinsames Lernen in Gemeinschaftsschulen. Mehr Durchlässigkeit im Schulsystem.
- 2. Gute Arbeit für alle:**  
Flächendeckende Mindestlöhne. Schluss mit Missbrauch bei Leih- und Zeitarbeit. Ausbildungsplatzgarantie. Starke Arbeitnehmerrechte.
- 3. Städte und Gemeinden stärken:**  
Finanzieller Spielraum durch den „Stärkungspakt Stadtfinanzen“. Lebenswerte Kommunen.
- 4. Klimaschutz als Fortschrittmotor:**  
NRW als Zentrum für umweltfreundliche Technologien. Förderung von Mittelstand und Handwerk. Ausstieg aus der Atomenergie.
- 5. Zusammenhalt schaffen:**  
Familien stärken. Sicherheit und Teilhabe für Menschen bis ins hohe Alter. Solidarisches Gesundheitswesen. Kommunales Wahlrecht für Migrantinnen und Migranten.

[www.nrwspd.de](http://www.nrwspd.de)

Einladung zum Familienfest

Freitag, 7. Mai 2010  
Gelände der Mülheimer Gartenschau  
Beginn: 14 Uhr, Kundgebung: 17 Uhr

Programm:  
Mit Live-Musik, Kirmes und vielem mehr für die ganze Familie.

V.i.S.d.P.: SPD Landesverband Nordrhein-Westfalen, Michael Groschek, Kavalleriestraße 16, 40213 Düsseldorf